

Walter FEICHTINGER

Klimakriege – Schreckgespenst oder reale Gefahr?

Klimakriege in aller Munde

Spätestens seit dem Erscheinen des Buches „Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird“ von Harald Welzer findet der Begriff immer stärker Eingang in öffentliche Debatten. Aus US-Sicht wäre das ein logischer Vorgang, da es in Washington üblich ist, strategischen Herausforderungen durch „Kriege“ zu begegnen: So spricht man beispielsweise vom Krieg gegen den Terror, vom Krieg gegen Drogen oder sogar vom Krieg gegen Armut. Warum sollte daher nicht auch ein Krieg gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels ausgerufen werden. Bedauerlicherweise findet diese Form von Krieg jedoch nicht statt, da nationale Egoismen noch dominieren und sich die Wirtschaft sträubt. Was Welzer, der Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen/Deutschland, mit Klimakrieg allerdings meint ist, dass in Zukunft klimatische Veränderungen als direkte oder indirekte Auslöser für Kriege oder gewaltsame Auseinandersetzungen wirken werden.

So werden die seit 2003 in Darfur (Westsudan) ausgetragenen Kämpfe von manchen Analytikern bereits als erster Klimakrieg apostrophiert.¹ Bis zu einem gewissen Grad mag das auch stimmen, da zweifelsohne die Ausbreitung der Sahara viele Nomaden zu umfassenderen Wanderbewegungen zwingt und sie zwangsläufig dabei in Konflikt mit sesshaften Bauern geraten. Wie in vielen anderen Kriegen und bewaffneten Konflikten besteht aber auch hier eine Gemengelage aus verschiedensten Konfliktfaktoren, die zu den

¹ Vgl. Mazo, Jeffrey: Climate Conflict. How global warming threatens security and what to do about it. Oxon, New York 2010, S. 74.

umfangreichen Gewaltexzessen führte. Interessant ist jedoch der Umstand, dass es im Falle eines Klimakrieges im Unterschied zu anderen Konfliktkonstellationen weniger simples Machtstreben oder sonstige menschliche Interessen sind, die bewaffnete Auseinandersetzungen hervorrufen. Es sind vielmehr von den Betroffenen nicht beeinflussbare Wirkgrößen, wie sie die mannigfaltigen Folgen des Klimawandels darstellen, die zu individueller und kollektiver Gewaltausübung führen. Die „Kriegstreiber“ (den Klimawandel verursachende Industrie- und Schwellenländer) sind somit nicht vor Ort oder in der Region, sie befinden sich in weiter Ferne und sind nicht greifbar.

Diese Besonderheit ist deshalb von Interesse, weil sie erstens die Ohnmacht der Betroffenen verdeutlicht, zweitens auf die globale Verantwortung der Verursacher hinweist und drittens aufkommende politische Spannungen zwischen „Tätern und Opfern“ erklärt. Aus diesen spezifischen Rahmenbedingungen ergibt sich die besondere Brisanz, die mögliche zukünftige Klimakriege begleitet. An dieser Stelle ist festzuhalten, dass der Begriff Klimakrieg als überzogen und irreführend erscheint, da Klimaphänomene nie monokausal wirken. In den gängigen repräsentativen Studien ist daher in der Regel vom Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator die Rede.²

Klimawandel und demografischer Umbruch – eine unselige Kombination

Bedrohliches Zusammenwirken absehbar

Klimawandel per se stellt also einen Bedrohungsmultiplikator dar, der dazu führt, dass bereits bestehende konfliktträchtige Konstellationen noch verschärft werden. Allein die Zahl der „Umweltflüchtlinge“ (ein völkerrechtlich nicht etablierter, höchst umstrittener Begriff!) zeigt, welche Brisanz sich dahinter verbirgt. So dürfte ihre Zahl schon 1995 mit geschätzten 25 Mio. die Zahl der Kriegsflüchtlinge gemäß Genfer Konvention mit 22 Mio. deutlich übertroffen haben, wie der renommierte Umweltforscher Norman Myers von der Oxford University schätzt. Ihre Zahl könnte sich bereits 2010 verdoppeln, bis 2050 wird mit bis zu 200 Mio. Menschen gerechnet, die aufgrund von klimabedingten Umweltveränderungen ihren angestammten Wohnort auf Dauer verlassen werden müssen. Hier erscheint der Hinweis angebracht, dass es sich in diesem Zusammenhang bei allen Zahlen nur um Schätzungen von Experten handelt, da es keine empirischen Daten gibt.

² Vgl. Europäische Kommission: Climate Change, S. 2.

Die Folgen des Klimawandels werden allerdings durch einen zweiten Faktor, nämlich der Entwicklung der Weltbevölkerung, noch zusätzlich verschlimmert. So gehen UN-Schätzungen davon aus, dass die Erdbevölkerung bis 2050 von derzeit ca. sieben auf etwa neun Milliarden zunehmen wird. Der Zuwachs wird beinahe ausschließlich in Ländern der Dritten Welt (von 5,4 auf 7,9 Mrd.) erfolgen, während die Gesellschaften reicher Industriestaaten zum Beispiel in Westeuropa oder auch Japan schrumpfen, zunehmend vergreisen und unter Nachwuchsmangel samt damit einhergehenden Problemen vorrangig im Sozial- und Finanzierungsbereich leiden werden.

Kombiniert man diese beiden Faktoren am Beispiel Nordafrikas und des Nahen Ostens so könnte sich folgende Konstellation ergeben: Während in Europa die arbeitsfähige Bevölkerung bis 2030 um mehr als 23 Mio. abnimmt, steigt sie im selben Zeitraum in Nordafrika und dem Nahen Osten um über 156 Mio. an. Etwa 100 Mio. vorwiegend junge Männer und Frauen werden sich daher gezwungen sehen, in- und außerhalb der Region nach Arbeit zu suchen.³ Gleichzeitig werden die Süßwasservorräte schrumpfen und fruchtbares Ackerland wird durch den erwarteten Anstieg des Meeresspiegels und damit einhergehender Versalzung des Bodens oder durch sich ausbreitende Wüsten verloren gehen. Gleichzeitig könnten die verfügbaren Wasserressourcen um 20 % bis 30 % sinken, besonders betroffen wären der Jordanfluss, Euphrat und Tigris sowie der Nil. Mehr als 90 % der Bevölkerung in den betroffenen Staaten werden somit in wasserarmen Gebieten leben. Im Nildelta wiederum könnte es zu erheblichen Überschwemmungen von Siedlungsgebieten, zur Versalzung des Bodens und somit zum Verlust von bis zu 15 % Agrarland kommen. Keine unerhebliche Größe, wenn man sich vor Augen führt, dass der Nil und das unmittelbar angrenzende Nutzland die Lebensmittelversorgung des ganzen Landes sicherstellen. Die ohnehin bereits angespannte politische Situation in diesen Regionen würde damit erheblichen zusätzlichen Zündstoff erhalten.

Entwicklungsländer besonders betroffen

Wesentlich dramatischer dürfte sich die Zukunft in Subsahara-Afrika gestalten. Schon jetzt sind die Bewohner dieser weitläufigen Region von Wassermangel, Trockenheit und Dürre, Pandemien sowie Nahrungsmittelmangel geplagt. Für die nächsten Jahrzehnte wird ein Ernterückgang von 20 %

³ Alle weiteren Angaben – sofern nicht extra vermerkt – sind den bestens recherchierten Angaben im ÖIF-Dossier Nr. 6 (Migration aus Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten, Autor Florian Walter) und ÖIF-Dossier Nr. 7 (Umweltmigration, Autoren Matthias Jurek und Susanne Regina Weber), Wien 2009, entnommen.

prognostiziert. Diese Probleme werden sich bei gleichzeitigem Anstieg der Bevölkerung noch erheblich verschärfen und den Migrationsdruck signifikant erhöhen.⁴ Hier ist allerdings festzuhalten, dass die umfangreichen Wanderbewegungen im überwiegenden Maße bislang innerhalb des Südens (Süd-Süd-Ströme) stattfinden und nur ein geringer Prozentsatz Richtung Norden und in weiterer Folge nach Europa strebt.

Im Golf von Bengalen stellt sich die Situation wiederum anders dar. So warnen viele Experten einhellig davor, dass Küstenregionen in Süd-, Ost- sowie Südostasien einerseits unter dem Ansteigen des Meeresspiegels und andererseits infolge des



Satellitenbild von Bangladesch, Oktober 2010

Übertretens von Flüssen unter massiven Überflutungen leiden werden. In diesen bevölkerungsreichen Gebieten, deren Bewohner meist zusammengedrängt unmittelbar an den Küsten siedeln, könnte das zu unvorstellbaren Katastrophen sowie Massenflicht führen und die Regierungen vor unlösbare Aufgaben stellen. Im Falle von Bangladesch, dem krisengeschüttelten und äußerst dicht bevölkerten muslimischen Land am Indischen Ozean, geht Umweltforscher Myers

davon aus, dass bis zu 26 Mio. Bürger in absehbarer Zeit ihren Wohnsitz gezwungenermaßen verlegen müssen. Etwa zehn Mio. Bangladeschi leben nämlich in Siedlungsgebieten, die weniger als einen Meter über dem derzeitigen Meeresspiegel liegen. Jeder Zentimeter höherer Wasserstand würde daher Zigtausende Menschen in größte Bedrängnis oder gar Existenznot

⁴ Vgl. dazu den Expertenbericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Berlin 2007.

bringen. Dazu kommen Hochwasser durch übertretende Flüsse, die von immer rascher schmelzenden Gletschern gespeist werden. Mit der Ausdehnung der Überschwemmungsgebiete gehen wiederum wertvolle Lebensräume verloren. Die ehemalige Umweltministerin des Landes, Sajeeda Chhoudhury, stufte dieses Zukunftsszenario bereits vor Jahren als für den Staat unlösbare Aufgabe ein. Eine Destabilisierung des Landes durch unkontrollierbare und/oder nicht bewältigbare Herausforderungen wäre die logische Folge. Dass dieser Gedanke nicht abwegig ist, belegt der Umstand, dass Indien bereits größte Anstrengungen unternimmt, um bauliche Grenzbarrieren gegenüber Bangladesch zu errichten. Ein mehr als 4.000 km langer Grenzzaun soll zwar primär das Einsickern islamistischer Terroristen sowie Drogen-, Waffen- und Menschenschmuggel unterbinden. Natürlich könnte er aber auch im Falle eines Massenansturms in Folge von Naturkatastrophen oder nachhaltiger Umweltveränderungen die Zutrittsmöglichkeit verhindern oder einschränken helfen.

Industriestaaten bleiben großteils verschont

Während Europa von den negativen Folgen mit Ausnahme des Südens, in dem es immer heißer werden wird, mehr oder weniger verschont bleiben könnte, werden der Süden der USA und die Karibikstaaten bereits jetzt immer stärker von heftigen Orkanen heimgesucht. Der noch im Gedächtnis verhaftete Hurrikan Katrina, der 2005 dazu führte, dass New Orleans zu 80 % überflutet wurde und der Schätzungen zu Folge einen gesamtwirtschaftlichen Schaden von 150 Mrd. Dollar verursachte, gibt einen Vorschmack auf mögliche Entwicklungen. Man geht allgemein davon aus, dass ca. 300.000 Menschen in weiterer Folge aus dem Überschwemmungsgebiet abwanderten und sich eine neue Existenz aufbauen mussten. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass die reichen USA als Staat und seine Bürger über unvergleichlich mehr Potenzial zur Bewältigung von Naturkatastrophen verfügen als Entwicklungsländer und deren Bewohner. Der Umzug von Hunderttausenden führte somit zwar zu erheblichen persönlichen, wirtschaftlichen und auch politischen Herausforderungen, war aber weit davon entfernt, einen innerstaatlichen Konflikt hervorzurufen oder das Budget zu überbelasten. Ähnliche Szenarien in armen Ländern könnten dagegen sehr wohl zum Ausbruch auch gewaltsamer Konflikte und zum Staatskollaps führen. Die (verstärkte) Destabilisierung oder gar der Fall von Regierungen, Staaten und ganzen Regionen wird daher aus sicherheitspolitischer Perspektive als wesentliche Gefahr im Zusammenhang mit dem Klimawandel eingestuft.

Neue Möglichkeiten – neue Spannungen

Ein anderer konflikträchtiger Bereich, der aus der Erderwärmung erwachsen könnte, besteht darin, dass neue Schifffahrtsrouten und Zugänge zu wertvollen Bodenschätzen, allen voran Erdöl und Erdgas, ermöglicht werden. Das rapide Abschmelzen von Polareis wird es in Kürze erlauben, die Nordostpassage regelmäßig zu bestimmten Zeiten zu nutzen und damit bis zu 6.000 km Strecke bei Schiffstransporten einzusparen. Dass damit natürlich auch Anrainerrechte neu zu regeln sind, liegt auf der Hand. Es besteht bislang keine Einigkeit unter den Arktis-Anrainern, wie die Nutzungsmöglichkeiten aussehen werden und wo völkerrechtlich verbindliche Grenzen zu ziehen sind. So weist beispielsweise Kanada darauf hin, dass es die Nordwestpassage vor kanadischem Territorium nicht als internationales, sondern als nationales Gewässer einstuft. Ähnlich verhält es sich mit Nutzungsrechten bei nunmehr erstmals zugängigen Ressourcen. Aufgrund der vermuteten, teils unermesslichen Schätze ist davon auszugehen, dass es nicht einfach sein wird, sich unter den Beteiligten rasch auf einvernehmliche Lösungen zu einigen. Allerdings werden auch keine gewaltsamen Auseinandersetzungen oder destabilisierende Effekte erwartet, da es sich bei den Arktis-Anrainerstaaten um stabile, gefestigte Staaten handelt, die über entsprechende Mechanismen zur und Erfahrung bei der Bewältigung politischer Konflikte verfügen. In diesem Kontext erscheint es jedoch als wichtig, auf die möglichen Umweltgefahren bei der Erschließung und Nutzung der Polarregion hinzuweisen. Katastrophale Unfälle wie das unkontrollierte Austreten unvorstellbarer Ölmengen in das offene Meer im Golf von Mexiko 2010 oder etwa Kollisionen von Tankschiffen mit Eisbergen hätten im kalten Eismeer wohl noch tragischere, irreparable Folgen für die Umwelt, aber auch für die Wirtschaft.

Klimawandel wird zu Konflikten führen

Innerstaatliche Gefahren größer als zwischenstaatliche

Angesichts dieser Prognosen erscheinen Konflikte auch gewaltsamer Natur beinahe unausweichlich, da viele Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren oder um ihr Überleben zu kämpfen haben werden. Neben Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene kann es infolge erzwungener Migration und deren Begleiterscheinungen auch zu weiträumigen, grenzüberschreitenden Spannungen kommen. Davon betroffene Staatsführungen werden daher vor immensen Herausforderungen stehen. Gerade Regime und Regierungen in fragilen Staaten, die bereits jetzt oft an der Kippe zum Kollaps stehen, könn-

ten damit manchmal überfordert sein. Das Fatale an dieser Entwicklung ist, dass gerade jene zehn Staaten, die bereits jetzt als besonders gefährdet oder als gescheitert eingestuft werden, auch im höchstem Maße von den negativen Folgen des Klimawandels betroffen sein werden – der überwiegende Teil davon im Subsahara-Afrika.⁵

Es steht daher zu befürchten, dass in den am meisten vom Klimawandel heimgesuchten Regionen die Konflikthäufigkeit steigt und deren Intensität zunimmt. Signifikant dabei ist, dass die überwiegende Zahl der betroffenen Staaten weder über stabile politische Systeme noch über wirtschaftliche Ressourcen verfügt, um entsprechende Vorkehrungen treffen oder die Folgen bewältigen zu können. Beobachter weisen daher darauf hin, dass der Klimawandel, dessen negative Begleiterscheinungen vor allem den globalen Süden treffen, nicht nur als Bedrohungsmultiplikator, sondern auch als Armutsverstärker und Entwicklungshemmnis wirken wird.

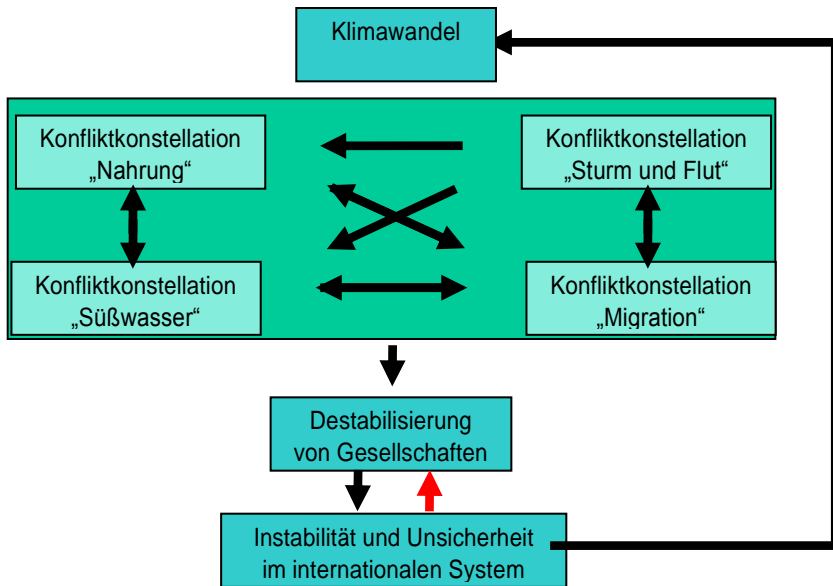
Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten als direkte oder indirekte Folgen des Klimawandels erscheinen dagegen als äußerst unwahrscheinlich. Allerdings wird es im Gefolge des Klimawandels vermehrt zu Spannungen kommen, deren gesamtpolitische und wirtschaftliche Konsequenzen nicht absehbar sind. Spannungsfelder können dabei auf internationaler Ebene a) zwischen Verursachern und Betroffenen des Klimawandels, b) beim Zugriff auf nunmehr erschließbare Ressourcen sowie c) bei der Nutzung neuer Schifffahrtsrouten entstehen. Dazu können noch d) Spannungen zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern umfangreicher Migrationsbewegungen kommen.

Sechs Gefahren für die internationale Sicherheit

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Deutschlands stuft in seinem viel beachteten Bericht zu globalen Umweltveränderungen den Klimawandel in absehbarer Zeit als Bedrohung für die internationale Sicherheit ein. Er verweist dabei auf vier Konfliktkonstellationen: 1) klimabedingte Degradation von Süßwasserressourcen, 2) klimabedingter Rückgang der Nahrungsmittelproduktion, 3) klimabedingte Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen sowie 4) umweltbedingte Migration.⁶

⁵ Vgl. Mazo a.a.O., S. 105-110.

⁶ WBGU: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Berlin, 2007, S. 2-3.



Quelle: WBGU 2007, S. 172.

Für den Fall, dass die Klimaschutzbemühungen scheitern – wovon nach dem Klimagipfel 2009 in Kopenhagen bis auf Weiteres auszugehen ist –, sieht das Gremium sechs Gefährdungen für die internationale Stabilität und Sicherheit aufkommen:

- Mögliche Zunahme der Zahl schwacher und fragiler Staaten als Folge des Klimawandels,
- Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung,
- Risiken wachsender Verteilungskonflikte zwischen Hauptverursachern und Hauptbetroffenen,
- Gefährdung der Menschenrechte und der Legitimation der Industrieländer als Global-Governance-Akteure,
- Induzierung und Verstärkung von Migration,
- Überforderung klassischer Sicherheitspolitik.

Gerade der letzte Punkt verdient besondere Beachtung, weil der Bereich Sicherheitspolitik bereits seit etwa zehn Jahren einem signifikanten Wandel unterliegt. Demnach erfordert Sicherheit koordinierte Anstrengungen im politischen, wirtschaftlichen, militärischen, sozialen und ökologischen

Bereich. Zusätzlich gewinnt menschliche Sicherheit immer mehr an Bedeutung, was im Extremfall dazu führen kann, dass sie über staatliche Sicherheit und Souveränität gestellt wird. Diese Vorstellung von einer umfassenden Sicherheit findet zwar in liberal-demokratischen Staaten immer stärker Eingang in politische Debatten. Bei der Ausgestaltung der realen Sicherheitspolitik dominieren aber unverändert die „harten“ Bereiche Politik, Wirtschaft und Militär, während ökologische Überlegungen sträflich vernachlässigt bleiben. Dabei können Umweltfaktoren sogar kurzfristig zu einem wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Treiber werden, wie die aktuellen Ereignisse im Golf von Mexiko zeigen. Im Kontext des Klimawandels und dessen mannigfaltigen sicherheitsrelevanten Auswirkungen kann daher die Notwendigkeit einer umfassenden und innovativen Sicherheitspolitik nur unterstrichen werden.

Fazit und Ausblick

Klimakonflikte auf geopolitischer Ebene

Es besteht auf globaler Ebene zumindest ein Grundkonsens darüber, dass der Klimawandel äußerst negative Folgen haben wird und zunehmend auch eine Bedrohung der Stabilität und internationalen Sicherheit darstellen wird. Damit scheinen sich die Gemeinsamkeiten aber auch schon zu erschöpfen, wie die enttäuschenden Ergebnisse vergangener Weltklimakonferenzen zeigen. Einen „Global Deal“, wie ihn Nicolas Stern, einer der Vorreiter in der Klimawandeldebatte, vor Kopenhagen forderte, der sich an Nachhaltigkeit orientiert, wird es so schnell nicht geben. Grundsätzlich kann hier von drei Positionen ausgegangen werden: a) die etablierten Industriestaaten, die zwar zu (minimalen) Reduktionen bei den Schadstoffemissionen bereit sind, aber aus wirtschaftlichen Interessen weit hinter den Erfordernissen und einer positiven Beispielwirkung zurückbleiben; b) die Schwellenländer, allen voran China und Indien, die zuerst einmal ihre wirtschaftliche Position und Wettbewerbsfähigkeit verbessern wollen, Einschränkungen daher reserviert bis ablehnend gegenüberstehen und primär die Industriestaaten im Zugzwang sehen, sowie c) die Entwicklungsländer, die in hohem Maße zu Leidtragenden der klimatischen Veränderungen werden, aber infolge fehlender Industrie nicht als Verursacher gelten können und daher auf diese große Ungerechtigkeit verweisen.

Die bisherigen Klimagipfel waren wohl nur ein Vorgeschmack darauf, wie brisant und konfliktträchtig das Thema Klimawandel auf höchster politischer Ebene noch sein wird. Angesichts einer multipolaren Weltordnung, die

immer mehr Platz greift, sowie sinkender „Global Governance“ erscheint es zudem immer schwieriger, zu umfassenden Lösungen und Kompromissen zu gelangen. Die Industriestaaten könnten dabei in Argumentationsnot geraten. So warf beispielsweise Ugandas Präsident Museveni schon 2007 bei einem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union dem Westen vor, dass der Klimawandel ein „Akt der Aggression der entwickelten Welt auf die Entwicklungsländer“ sei und er daher Kompensation fordere.⁷ Das mag noch als „Exotenmeinung“ ohne besondere Bedeutung abgetan werden. Zieht man jedoch in Betracht, dass sich China vermehrt als Sprecher der Entwicklungsländer profiliert und in Afrika trotz kritischer Stimmen auch immer mehr Anhänger findet – nicht zuletzt infolge seiner Unterstützung im Infrastrukturbereich –, so könnten solche Auffassungen noch zu gravierenden Veränderungen in den Außen- und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen und dessen Einflussverlust führen.

Mehr lokale Konflikte – mehr Destabilisierung

Bewaffnete Konflikte und Kriege als Folge eines umweltbedingten Überlebenskampfes sind keinesfalls auszuschließen. Sie werden im Kleinen wie im Großen stattfinden, in manchen Gebieten wird es primär um sauberes Trinkwasser gehen, während in anderen wiederum Überschwemmungen zur plötzlichen Massenflucht und erbittertem Ringen um Lebensraum führen werden. In Subsahara-Afrika wird wohl an vielen Stellen um alles Lebensnotwendige gefochten werden, um Wasser, Nahrungsmittel und Weideland, während die Gesellschaften gleichzeitig von Pandemien heimgesucht werden. Unwillige und/oder unfähige Regierungen werden nur sehr selten in der Lage sein, den Herausforderungen gerecht zu werden. So wird es ähnlich wie in anderen Konflikten zu einer pandemischen Ausbreitung von Gewalt, organisierter Kriminalität, Massmigration und Extremismus kommen, die letztlich in einer Destabilisierung und im politischen Chaos enden kann. Klimakriege sind aber keine Kriege, die nach einer völkerrechtlichen Kriegserklärung stattfinden und nach einem Operationsplan ablaufen. Es wird sich vielmehr um schleichende oder abrupte Verschlechterungen handeln, die im Zusammenwirken mit anderen Faktoren in gewaltsame Auseinandersetzungen münden.

Der Ausdruck „Destabilisierung“ bringt diese Entwicklung auf den Punkt, wobei zu beachten ist, dass primär umweltbedingte Destabilisierung nicht

⁷ Vgl. Sager, Wilhelm: Klimawandel als sicherheitspolitische Herausforderung. In: Europäische Sicherheit 8/2008, S. 13-17, hier S. 17.

oder nur sehr schwer wieder beseitigt werden kann. Kann man nämlich in politischen Konflikten auf eine Aussöhnung oder zumindest friedliche Koexistenz der (ehemaligen) Konfliktparteien hoffen, so scheint dies in Fällen, wo Ressourcen unwiederbringlich verloren gegangen sind, viel schwieriger zu sein. Es muss zu einer Neuverteilung kommen, die in der Regel auf erbitterten Widerstand der bisherigen „Besitzer“ stößt. Politische Kompetenz zur Konfliktlösung wäre somit höchst gefragt – angesichts bisheriger Erfahrungen aus anderen Konflikten ist allerdings große Skepsis hinsichtlich der realen Möglichkeiten angebracht.

Globales Problem – globale Verantwortung

Angesichts dieser Prognosen wird klar, dass nur ein gemeinsames globales Problemverständnis zu dem erforderlichen gemeinsamen Handeln führen kann. Allerdings scheint die Zeit dafür noch nicht reif zu sein oder anders ausgedrückt: der Handlungsdruck auf die internationale Gemeinschaft ist noch nicht groß genug. Nachdem die meisten Klimaprognosen einen Zeithorizont zwischen 2025 und 2050 haben, fühlen sich wohl auch die wenigsten gewählten Mandatäre persönlich „in der Pflicht“.

Ungeachtet einer globalen Einigung lastet auf den Industriestaaten besonderer politischer und moralischer Druck. Neben der Debatte um die Reduktion und Verteilung der CO₂-Emissionen geht es auch darum, welche Position zukünftig gegenüber Umweltflüchtlingen eingenommen wird und wie den am stärksten betroffenen Staaten bei der Prävention oder der Bewältigung ihrer schier unlösbaren Herausforderungen geholfen werden kann. Dies wird aber erst möglich sein, wenn sich umfassendes Sicherheitsdenken tatsächlich durchsetzt und neben der lokalen auch die globale Perspektive einbezogen wird.

So könnte das internationale Krisenmanagement neben der Entwicklungshilfe zu einem tauglichen Instrument realisierter umfassender Sicherheit werden. Gerade in instabilen Zonen könnte nachhaltiges Denken, das auch die Umweltveränderungen in die Überlegungen miteinbezieht, zu einem gemeinsamen politischen Nenner externer und lokaler Akteure werden. Herzen und Hirne der Bevölkerung ließen sich bestimmt auch mit Argumenten einer sicheren Zukunft gewinnen. Die benötigte politische Stabilität der betroffenen Staaten würde in manchen Fällen wohl ein starkes Engagement von Seiten der Internationalen Gemeinschaft erfordern. Investitionen, die auf die langfristige Tauglichkeit abzielen, wären wohl erfolversprechender als Maßnahmen mit momentanen Effekten. Dies würde breit angelegte Konzepte

und Kooperationen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure erfordern, die über den derzeitigen Denkhorizont weit hinausgehen. Aber vielleicht könnte der Gedanke an den Klimawandel und damit entstehende Herausforderungen jene geistige und ideologische Brücke bauen, die im bisherigen Engagement oft vermisst wird. Schließlich geht es ja auch um die Sicherheit zu Hause, die nur möglich ist, wenn sich das Maß externer Störfaktoren in Grenzen hält.

Es erscheint in diesem Zusammenhang daher nicht als übertrieben, Klimapolitik als präventive Sicherheitspolitik zu sehen, wie es der Wissenschaftliche Beirat der deutschen Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen tut. Aber auch hier stellt sich die Frage, ob und bei wem diese Auffassung in die Politikgestaltung einfließt und zu welchen Ergebnissen sie letztlich führen wird. Dass großer Handlungsbedarf besteht ist eigentlich außer Zweifel, da die negativen Effekte des Klimawandels existierende Konflikte verschärfen und deren Zahl und Intensität erhöhen werden.